

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementpreis 0,66 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Girlich-Dumdey)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 25 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1724.

Nr. 16.

Berlin, Mittwoch, 23. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Reinigungsversuche! — Zur Pensionsversicherung der Privatangehörigen. — Die englische Arbeiterpartei nach den Wahlen. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Reinigungsversuche!

Der Gewerkeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hat schon vor Jahren eine Broschüre herausgegeben unter dem Titel: „Aufklärung über die tatsächlichen Leistungen des Gewerkevereins in Gegenüberstellung mit den Leistungen anderer Organisationen der Metallbranche“. Diese Broschüre hat es jetzt dem Deutschen Metallarbeiterverband angetan, nachdem sie im vergangenen Jahre in neuer Auflage erschienen und verbreitet worden ist. Der Metallarbeiterverband hat jetzt eine Gegenbroschüre herausgegeben unter dem geschmackvollen Titel: „Entstellungen und Fälschungen, die schmutzigen Waffen des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter“. In dieser Broschüre wird die dreifache Behauptung aufgestellt, daß die Broschüre des Gewerkevereins unter Ausschluß der Deffektivität herausgegeben worden sei. Das ist natürlich reiner Unninn! Denn alle Agitations-Druckfachen des Gewerkevereins sollen in weiten Kreisen Verbreitung finden, wenn sie auch in der Hauptsache für die eigenen Mitglieder zur Auffklärung bestimmt sind.

Anders freilich liegt die Sache mit der Broschüre des Metallarbeiterverbandes. Es ist uns aus gut unterrichteter Quelle mitgeteilt worden, daß diese Broschüre beispielsweise in Cannstatt nur unter der größten Geheimniskrämeri an die Vertrauensleute des Metallarbeiterverbandes abgegeben worden ist. Die Leitung des Gewerkevereins hat aber auch aus anderen Orten eine solche Broschüre erhalten und daraufhin sofort eine neue Broschüre herausgegeben unter dem Titel: „Reinigungsversuche des deutschen Metallarbeiterverbandes“. In dieser Schrift werden die Angriffe des Metallarbeiterverbandes in durchaus sachlicher, ruhiger, dadurch aber umso wirksamere Weise zurückgewiesen. Wenn von seiten des Metallarbeiterverbandes die Aufrechnungsmethode für die verschiedenen Unterstützungsarten über den grünen Klee gelobt wird, so wird in der Gewerkevereins-Broschüre klar nachgewiesen, daß unter dieser Methode die Mitglieder im Metallarbeiterverband viel schlechter gestellt sind als die des Gewerkevereins.

Um Abwechslung zu bieten, hat man in der Broschüre des Metallarbeiterverbandes den alten Ladenaüter wieder herausgeholt, daß der Gewerkeverein grundsätzlich die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predige. Das beweist, daß der Verfasser dieser Broschüre die Gewerkevereins-Literatur gar nicht kennt, sondern ins Blaue hinein alte Phrasen niedergeschrieben und aufgewärmt hat. Es wird in der Broschüre den Lesern weisgemacht, daß es eine bewußte Irreführung sei, wenn der Gewerkeverein in dieser Gegenüberstellung die Höchstbeträge, die ein Mitglied innerhalb 52 Wochen zu beanspruchen hat, mit den Höchstbeträgen des Metallarbeiterverbandes vergleicht, die in dieser Organisation auf 72 Wochen ausgedehnt werden. Dabei ist doch Tatsache, daß die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ungünstiger gestellt sind, wenn der Höchstbetrag ihrer Leistungen sich auf den Zeitraum von 72 Wochen erstreckt, während er im Gewerkeverein schon mit 52 Wochen erreicht werden kann.

Es muß dabei betont werden, daß auch in Bezug auf die Unterstützung bei tageweisem Aus-

sehen im Metallarbeiterverband durch die letzte Generalversammlung in Hamburg eine Verschlechterung für die Mitglieder eingeführt worden ist, weil diese Unterstützung nur gezahlt wird, wenn das Aussehen mindestens 3 Arbeitstage in der Woche dauert und nicht Geschäftsinventuren zur Ursache hat. (§ 10 Abs. 7 des Metallarbeiterverbands-Statutes.) Der Gewerkeverein dagegen zahlt diese Unterstützung schon, wenn ein Mitglied innerhalb 6 Wochen mindestens 6 volle Arbeitstage aussetzen muß. Unzweifelhaft leistet hier der Gewerkeverein mehr als der Metallarbeiterverband. Es wird dann noch in der Broschüre des Metallarbeiterverbandes versucht, die Erwerbslosen-Unterstützung gegenüber der Kranken-Unterstützung des Gewerkevereins herauszutreiben. Bei dem Versuch ist es aber geblieben, denn in der neuen Broschüre des Gewerkevereins wird auch dieser Versuch hinfällig gemacht.

Geradezu absurd ist die Behauptung, daß die Höchstgrenze der Unterstützungen im Gewerkeverein nicht in einem Jahr, sondern erst in 2½ Jahren bezogen werden kann. In dieser Behauptung zeigt sich die ganze Unkenntnis des Verfassers über die Unterstützungs-Einrichtungen des Gewerkevereins. Toller kann die Wahrheit nicht umgebogen werden, wie das vom Metallarbeiterverband geschehen ist.

Es wird dann in der Broschüre des Metallarbeiterverbandes weiter behauptet, daß ein Mitglied dieser Organisation nach erfolgter Aussteuerung in verhältnismäßig kurzer Zeit abermals Unterstützung erhalten kann. Dabei steht im Statut des Metallarbeiterverbandes § 9 Abs. 2, daß ein Mitglied nur dann Umzugsunterstützung, Reisegeld und Erwerbslosen-Unterstützung erhalten darf, wenn, vom jeweiligen Erhebungstage zurückgerechnet, die Gesamtsumme in diesen 72 Wochen von ihm noch nicht voll erhoben worden ist. Demnach besteht also für Ausgesteuerte im Metallarbeiterverband eine neue Karenzzeit von 72 Wochen, statt 52 Wochen, wie im Gewerkeverein. Es gehört allerdings ein eigentümlicher Mut dazu, behaupten zu wollen, daß nach den Verschlechterungen des Unterstützungswesens, die im Metallarbeiterverband durch die letzte Hamburger Generalversammlung eingeführt worden sind, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes besser gestellt seien als die des Gewerkevereins.

Von einer geradezu bodenlosen Unkenntnis der Gewerkevereins-Einrichtungen strotzt auch folgender Satz: „Den Mitgliedern des Gewerkevereins werden die zwischen den einzelnen kurzen Arbeitslosigkeiten oder Krankheitszeiten liegenden Beitragswochen auf die Karenzzeit nicht angerechnet.“ Wer das geschrieben hat, weiß entweder gar nichts vom Gewerkeverein oder er hat diesen Satz wider besseres Wissen geschrieben. Im Gewerkeverein wird auch die Zeit der Arbeitslosigkeit, für die ein Mitglied keine Beiträge zahlen braucht, und auch die Zeit der Krankheit als Karenzzeit angerechnet. Anders liegt es im Metallarbeiterverband, wo die Krankheitswochen nicht mit zur Karenzzeit gezählt werden.

Bezüglich der Reise-Unterstützung wird eine wahre Räubergeschichte erzählt, daß die zu Fuß wandernden Mitglieder des Gewerkevereins durch das geringe Reisegeld geradezu durch das Land gehetzt werden. Wäre das wahr, dann müßten die armen Gewerkevereiner, die auf der Reise sind, ja eigentlich verhungern. Wie liegt es nun aber in Wirklichkeit? Der Gewerkeverein zahlt neben dem Reisegeld auch noch die Arbeitslosen-Unterstützung, ohne gegenständige Aufrechnung, auch wenn der Kollege sich auf der Reise befindet, während der Metallarbeiter-

verband nur Reisegeld, aber keine Arbeitslosen-Unterstützung für solche Mitglieder gewährt. Die arbeitslosen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes bekommen nur Arbeitslosen-Unterstützung an dem Ort, wo sie angemeldet sind, nicht aber auf der Reise. Wenn dann auf Grund der Einrichtungen des Gewerkevereins betont wird, daß man sich im Metallarbeiterverband zu überlegen habe, ob nicht eine Forderung der Uebertritts-Bedingungen am Plage ist und auch die Beiträge zur Kranken-Unterstützungskasse beim Uebertritt mit anzurechnen sind, so läßt uns diese schredliche Drohung völlig kalt. Sie wird an der ganzen Sache nichts ändern, so lange nicht der Metallarbeiterverband es über sich gewinnt, die Gewerkevereine und deren Mitglieder in Ruhe zu lassen. So lange das nicht geschieht, werden sich die Gewerkevereine zu wehren verstehen. Daß das gelungen ist, beweist die Tendenz der Broschüre, die vom Metallarbeiterverband neuerdings unter dem oben bezeichneten schönen Titel herausgegeben worden ist.

Unbeachtet darf aber nicht bleiben, daß man auch in Bezug auf die Zahlen, die über die Unterstützungs-Leistungen des Gewerkevereins angeführt werden, genogelt hat. Es sind Zahlen angeführt, die in der Jahres-Abrechnung des Gewerkevereins gar nicht vorhanden sind. Also willkürlich herausgegriffene Zahlen! Wenn man die Leistungen des Gewerkevereins denen des Metallarbeiterverbandes gegenüberstellt, so ergibt sich, daß auf den Kopf der zur Kranken-Unterstützung berechtigten Mitglieder des Gewerkevereins pro Jahr 16,13 Mark entfallen, während im Metallarbeiterverband nur 8,47 Mark pro Mitglied für die Erwerbslosen-Unterstützung in Rechnung stehen. Rechnet man alle Unterstützungen zusammen, außer den Sterbegeldern, die aus der Begräbniskasse des Gewerkevereins gezahlt werden, so ergibt sich für das Jahr 1908 im Metallarbeiterverband ein Unterstützungsbetrag von 22,25 Mark pro Kopf, im Gewerkeverein dagegen 24,06 Mark. Daraus geht unzweifelhaft hervor, daß im Gewerkeverein mehr geleistet wird als im Metallarbeiterverband.

Wir können natürlich hier nicht auf alle Einzelheiten dieser Broschüre eingehen, empfehlen aber den Gewerkevereinsmitgliedern und allen denen, die sich für diese Sache interessieren, die Beschaffung der Broschüre des Gewerkevereins: „Reinigungsversuche des deutschen Metallarbeiterverbandes“. Dieselbe ist vom Hauptbureau des Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter und auch von den einzelnen Ortsvereins-Ausschüssen unentgeltlich zu beziehen.

Schließlich möchten wir aber doch noch auf einen Punkt hinweisen. In der Broschüre des Metallarbeiterverbandes wird die Behauptung aufgestellt, daß die Tätigkeit desselben, bezüglich der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, viel besser sei als im Gewerkeverein. Nun, die Vorgänge in Stettin, in Mannheim, in Berlin und anderen Orten, an denen der Metallarbeiterverband Streiks inszenierte und dann zum Rückzug bloßen mußte, sind jedenfalls nicht geeignet, den Beweis zu führen, daß die Tätigkeit dieser Organisation auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von großer Bedeutung ist. Im Gegenteil, in Arbeiterkreisen denkt man darüber ganz anders, und wenn der Metallarbeiterverband numerisch stärker ist als der Gewerkeverein, so hat dies zum größten Teil seine Ursache darin, daß Laufende von Arbeitern dem Druck in der Werkstätte und im Verkehr mit den Verbändlern nachgeben und

zwangsweise zum Metallarbeiterverband kommandiert werden. Das kommt im Gewerksverein nicht vor, sondern wer zu uns übertreten will, soll das freiwillig tun. Wir können dabei verraten, daß im Hauptbureau des Gewerksvereins täglich Uebertrittmeldungen vom Metallarbeiterverband einlaufen. Das gibt doch auch zu denken!

Zur Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Die Privatangestellten rühren sich! Daß die Thronrede kein Wort über die Pensionsversicherung sagte, scheint in der Tat bei ihnen „aufreizend“ gewirkt zu haben. Die Verhandlungen am 17. Januar, die auffallend ablehnende Erklärung des Staatssekretärs Delbrück haben dann ein übriges getan, den von dem Abgeordneten Raden vorausgelagten Sturm unter den Interessenten hervorzuwerfen. Ueberall rüsten sich die Angestellten, um in Versammlungen gegen die Verschleppungspolitik der Regierung Stellung zu nehmen. Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, die unlängst in Berlin eine große Kundgebung veranstaltete, verfertigt jetzt ein Flugblatt, das in einer halben Million Exemplaren in allen Schichten der Privatangestellten verbreitet werden soll.

Zwei umfangreiche Denkschriften, heißt es in dem Aufrufe, veröffentlichte die Regierung. In der zweiten ließ es: Die Erweiterung der Invalidenversicherung würde die Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten bis zur Einführung der allgemeinen Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter vertagen. Die Privatangestelltenversicherung sollte also noch vorher kommen! Dazu das Kongresswort aus dem Jahre 1907: Nun erst recht! Sozialpolitik! Die wiederholten Interpellationen im Reichstage usw. usw. Und was ist dabei herausgekommen? Die allgemeine Hinterbliebenenversicherung kam in der Reichsversicherungsordnung, die Angestelltenversicherung aber — blieb aus! Am 17. Januar erklärte Staatssekretär Delbrück im Reichstage: „Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es unzumutbar (!) sein würde, die in sich schon außerordentlich schwierige Reichsversicherungsordnung auch noch mit der Frage der Angestelltenversicherung zu belasten. Aus diesen rein äußerlichen Gründen hat sich für mich die unabweisbare Notwendigkeit ergeben, die Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Versicherung der Privatangestellten zurückzustellen.“

Sobiel Wert hat ein Kongresswort, eine einhellige Forderung des Reichstages! Die Privatangestellten sollen warten bis nach der Reichsversicherungsordnung! Und wann wird die Reichsversicherungsordnung Gesetz? In diesem Reichstage? Im nächsten? Vielleicht gar nicht?

Auf die Frage, wie die Forderungen der Angestellten am besten und schnellsten verwirklicht werden können, gibt das Flugblatt die Antwort:

„Sie kann und muß in der Reichsversicherungsordnung erfüllt werden durch den Ausbau der Invalidenversicherung, vor allem durch Erhöhung der Renten, Errichtung höherer Beitragsklassen, Ausgestaltung der geplanten Hinterbliebenenversicherung und entsprechende Erhöhung der Beiträge. Der Ausbau der Invalidenversicherung ist gerade jetzt die einzig mögliche Lösung! Jetzt unterliegt die gesamte soziale Versicherung einer erneuten Beratung. Jetzt gilt es daher, die Zeit zu nutzen! Anstatt einer Politik der verpönten Gelegenheiten müssen wir endlich praktische Gegenwartsarbeit treiben.“

Der Aufruf schließt mit dem temperamentvollen Appell:

„Der Ausbau der Invalidenversicherung ist die Forderung des Tages! Wenn die zwei Millionen Privatangestellten in Deutschland statt einem Wortum nachzujagen, die Wucht ihrer Agitation hinter diese Forderung setzen, dann gibt es keine Vertagung der Angestelltenversicherung, dann gibt es kein Ausweichen der Regierung, dann heißt es für den Reichstag: Nicht reden, sondern handeln!“

Das Flugblatt wird allen Interessenten von der Geschäftsstelle der Freien Vereinigung Berlin NW. 52, Werfiststraße 7, kostenfrei zugesandt.

Die englische Arbeiterpartei nach den Wahlen.

Von unserem Londoner Mitarbeiter. (Schluß.)

Eine andere wichtige Frage, die das neue Parlament beschäftigen wird, ist das Arbeitslosenproblem. Das Recht auf Arbeit ist bereits im alten Parlament zweimal mit großer Majorität abgelehnt worden. Das letzte Mal hatten außer der Labour Party und den Trade Unionisten jedoch auch 44 Liberale und 3 Konservative für die Annahme gestimmt. Heute haben sich die Verhältnisse so geändert, daß die Liberalen nicht werden umhin können, das Recht auf Arbeit als Entschädigung für die Wahlfisse der Labour Party zu geben — wenn das neue Parlament bis

dahin noch existiert. Das Arbeitslosen-Problem wird dann durch ein einheitliches System von Gesetzen gelöst sein. Die staatlichen Arbeitsbüros registrieren die Arbeitslosen und disponieren über sie; die künftigen Versicherungsgehalte unterstützen die besser organisierten gelernten Arbeiter und jenen, deren Beschäftigung einem Saisonwechsel unterliegt, die Development Bill gibt der Regierung die Mittel, geeignete Arbeiten — in erster Linie für unqualifizierte Arbeiter — zu beschaffen. Außerdem ist es nicht ausgeschlossen, daß in absehbarer Zeit ein Gesetzentwurf für einen allgemeinen Achtstundentagsarbeitstag einen Hinweis darauf gibt, auf welche Weise eine größere Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung finden können. Die Konferenz nahm einstimmig folgende Resolution an, die ein Kompromiß zwischen sieben verschiedenen vorgelegten Anträgen bildet:

„Arbeitslosigkeit ist eine notwendige Begleiterscheinung der freien Konkurrenz in unserem Wirtschaftssystem und kann durchaus nicht durch einen Wechsel unserer Wirtschaftspolitik beseitigt werden. Die Konferenz fordert daher die Regierung auf, die wirklichen Ursachen und die üblen Folgen der Arbeitslosigkeit auf der Grundlage des Antrages der Labour Party auf Anerkennung des Rechts auf Arbeit zu bekämpfen. Die Konferenz verlangt zu diesem Zwecke die Errichtung eines Arbeitsministeriums, dem die Errichtung und Kontrolle der Arbeitsbüros, die Einführung staatlicher Versicherung, die Durchführung einer Regelung von Gelegenheitsarbeit und einer 48 Stunden-Maximal-Arbeitswoche übertragen werden kann. Ferner verlangt die Konferenz die Ausführung einer Reihe notwendiger öffentlicher Arbeiten durch die besten erhältlichen Arbeitskräfte und zwar nicht unter den Trade Union-Löhnen und zu Trade Union-Bedingungen. Die Konferenz erklärt sich für völlige Lösung der Unterdrückung Arbeitsloser von den Armenbehörden und von dem Stigma der Armenunterstützung; sie danke den Arbeiterabgeordneten für ihre Bemühungen um die Arbeitslosen in der letzten Session und nimmt an, daß sie auch im neuen Parlament ihre volle Kraft einbringen werden, um die geschilderte Einführung dieser Vorschläge so bald als möglich zu sichern.“

Unter den übrigen Fragen, mit denen sich die Labour-Konferenz noch beschäftigte, befanden sich Wahlrechtsreform, Frauenwahlrecht, Armengeheimreform, Knaben- und Mädchenarbeit und Alterspensionen. Die Resolution zur Wahlrechtsfrage verlangt: 1. Uebertragung des Wahlrechts auf alle Erwachsenen, Männer wie Frauen, 2. die Verkürzung der Wohnsitzfrist, durch welche die Berechtigung zur Eintragung in die Wählerliste erworben wird, 3. die Bezahlung der Stimmzähler, wie der Abgeordneten aus Staatsmitteln, 4. die Verlegung der Wahlen auf ein und denselben Tag und die Beschränkung der Wahl auf eine Stimme für jeden Wähler (bisher konnte an verschiedenen Orten gewählt werden, wenn die Eintragung erfolgt war), 5. die Verschärfung des Gesetzes über die Wahlbeeinflussungen, um die Wahlausgaben der Parteien zu vermindern, und 6. die Verhütung der Wahl eines Abgeordneten durch eine Minorität. Dies letztere würde die Einführung der Erststimme zur Folge haben.

Eine Enttäuschung erlitten die sozialistischen Mitglieder der Labour Party. Die Verfassung der Partei sagt, daß jeder ihrer Kandidaten nur als „Arbeiterkandidat“ sich bezeichnen dürfe. Von zwei Seiten wurde nun verlangt, daß auch die Bezeichnung „Arbeiter und Sozialist“ gestattet werden solle. Auch von den sozialistischen Führern wurde der Antrag zurückgewiesen. Mr. Clynes, als Vertreter des Parteivorstandes, drückte die Hoffnung aus, daß der Vorschlag in so nachdrücklicher Weise abgelehnt würde, daß er niemals wieder zu erscheinen wage. Die Konferenz entsprach diesem Wunsche, was durch die Anwesenheit der Bergarbeiter selbstverständlich war. Die Stimmenzahl für den Antrag betrug 44 000, die der Gegner 1448 000.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 22. Februar 1910.

Das Verbandsadressenverzeichnis für 1910 ist bereits in Druck gegeben. Die Versendung desselben kann voraussichtlich noch vor Mitte März erfolgen. Es ist zu empfehlen, daß die Ortsvereine und Ortsverbände baldmöglichst ihre Bestellung der Adressenverzeichnisse, die sie für den Verkehr mit den Brudervereinen dringend gebrauchen, bei dem Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NW. 55, Greifswalderstr. 221-23, aufgeben. Des Portoersparnisses halber erscheint es praktisch, der Bestellung gleich den Betrag für die Adressenverzeichnisse in Briefmarken beizufügen. Der Preis des Adressenverzeichnisses beträgt auch in diesem Jahre 20 Pf. pro Stück.

Gelogen wie gedruckt. Am Sonntag vormittag fand in Berlin eine große Wahlrechtsversammlung statt, in der neben den Reichstagsabgeordneten Dr. Wiemer und D. Raumann unter Kollege Stadtverordneter Goldschmidt als Redner auftrat. In den Berichten über diese Versammlung sind namentlich hinsichtlich der Rede unseres Kollegen Goldschmidt so irreführende Mitteilungen gemacht worden, daß es auch im Interesse unserer Sache notwendig ist, dieselben richtigzustellen. Der Bericht der „Magdeburgerischen Zeitung“ und der Berliner Wochenschrift „Die Welt am Montag“ läßt den Kollegen Goldschmidt sagen:

„Am allerersten Falle würden die Mitglieder der Strich-Dunderjahn Gewerksvereine in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten zur Erzwingung des freien Wahlrechts sich am Generalstreik beteiligen.“

Hierauf soll ein fürchtbarer, lang andauernder Lärm entstanden sein. An dieser ganzen Geschichte ist kein wahres Wort. Der Kollege Goldschmidt hat in seiner Rede die Strich-Dunderjahn Gewerksvereine auch nicht mit einem einzigen Worte erwähnt, geschweige denn, daß er in ihrem Namen eine so unsinnige Erklärung abgegeben hätte. Unser Verbandsvorsitzender ist, wie dies nach der Stellung unserer Gesamtorganisation auch gar nicht anders denkbar ist, grundsätzlicher Gegner des Generalstreiks überhaupt und ganz besonders gegen seine Anwendung zu einem politischen Zwecke. Er hält es mit dem Auerischen Worte: „Generalstreik ist Generalunfinn!“

Ebenso unwar ist es, daß nach Goldschmidts Rede „ein fürchtbarer, langandauernder Lärm“ entstanden sei. Nach ihm hat noch D. Raumann zu einer überaus eindrucksvollen Rede das Wort genommen. Erst ganz am Schluß der Versammlung entstand allerdings einiger Lärm, weil auf die Frage des Verbandsvorsitzenden, ob eine Diskussion gewünscht würde, einige erregte Personen „ja“ schrien, dem aber ein tausendfältiges „nein“ entgegenhielt. Auch einige in der Versammlung verzeigte Trupps von „Genossen“ sangen die Marxhymne, nachdem die Versammlung bereits geschlossen war.

Wie jene unwarhene Berichte entstanden sind, ist unverständlich. Offenbar ist der Berichterstatter gar nicht in der Versammlung gewesen, sondern hat sich von einigen Freunden, die es mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, einen gehörigen Bären aufbinden lassen. Ein zuverlässiger Herr!

Arbeiterbewegung. Im deutschen Steindruckgewerbe scheint nunmehr der Friede gesichert zu sein. Auch die Verhandlungen der Einigungskommission in Berlin haben einen friedlichen Verlauf genommen, ebenso wie sich in den hauptsächlich in Betracht kommenden Orten die Arbeiter bereits mit den getroffenen Abmachungen einverstanden erklärt haben. — Unter den Straßenbahnern in Breslau, die zum großen Teil im christlichen Transportarbeiterverbande organisiert sind, ist eine Bewegung im Gange, die zur Boykottierung einiger Straßenbahnlinien geführt hat. — Tarifdifferenzen sind in Halle und Hannover im Tapeziergewerbe ausgebrochen. Die Unternehmer lehnen für einen neuen Tarif jedes Verständnis ab und drohen mit der Aussperrung, wenn die Arbeiter sich nicht zur Annahme des alten Tarifs verstehen. — Die Dachdeckerhelfen Düffeldorf wollen, wenn die Innung die angebotene Lohnherabsetzung von 5 Pf. pro Stunde durchführt, am 1. März in den Streik treten.

Eine besonders arge Hetze seitens der „Genossen“ hat zurzeit der Ortsverein der Töpfer zu Berlin auszuhalten. In Zeitungsnotizen und auch in Versammlungen werden die Verbändler gegen unsere Kollegen scharfgemacht, weil dieselben unter dem Tarif arbeiteten. Zum Teil handelt es sich dabei um reine Verleumdungen. In einzelnen Fällen aber ist es in der Tat vorgekommen, daß Mitglieder des Ortsvereins der Töpfer etwas billiger gearbeitet haben, als es der Tarif zuläßt. Aus Gutmütigkeit oder Freundschaft zu den Unternehmern ist das aber sicherlich nicht geschehen, sondern aus dem einfachen Grunde, weil die betreffenden Kollegen mit ihren Familien nicht verhungern wollten, und es ihnen sonst durchaus unmöglich gemacht ist, ihr Brot zu verdienen. Ihre lieben Arbeitsbrüder vom Verbands arbeiten nicht mit Gewerksvereineren zusammen. Wo ein Meister es mag, einen solchen einzustellen, erklären die „Genossen“ rundweg, daß der Betreffende entlassen werden müsse, widrigenfalls sie selbst die Arbeit niederlegen. Auf diese Weise werden die Gewerksvereinskollegen von Bau zu Bau gehetzt. Die Unternehmer wissen das natürlich und suchen die Situation für sich auszunutzen. Wenn so ein Arbeiter

nach wochenlangem vergeblichem Suchen dann müde geworden ist und schließlich für einen unter dem Tarif liegenden Lohn arbeitet, so ist das gewiß bedauerlich, man kann es ihm schließlich aber nicht verdenken. Die Schuld dafür trifft nicht den betreffenden Arbeiter, sondern diejenigen seiner Arbeitsbrüder, die ihn dazu zwingen.

Im übrigen richtet sich die Wut der Verbändler nicht allein gegen unsere Kollegen, sondern auch gegen die Wilden, d. h. die Unorganisierten, und selbst gegen die Sknalkrotten, die Vokalisten, die sich in ähnlicher Lage befinden. Die Klagen der Verbändler werden eben nicht eher verstummen, als bis sie sich daran gewöhnt haben, auch den Andersdenkenden zu schaden. Wenn sie den Andersorganisierten dasselbe Recht zuerkennen, das sie für sich selbst in Anspruch nehmen, dann werden jene sich hüten, zu billigeren Preisen zu arbeiten. Nur die Not ist es, die sie dazu treibt, und in diese Not werden sie verjagt durch die Verbändler, die es selbst in der Hand haben, Wandel zu schaffen.

Eine merkwürdige Organisation scheint der „Unterstützungsverein der Dienerschaft Deutschlands“ zu sein. Vor uns liegt ein Statut, das wegen seiner Kuriosität verdiente, wörtlich abgedruckt zu werden. Der Raum unseres Blattes ist uns jedoch zu schade dazu, weshalb wir uns mit der Wiedergabe einiger Stellen begnügen. Der Zweck des Vereins ist die materielle und geistige Hebung der Mitglieder, die durch unentgeltlichen Stellennachweis, Unterstützungen in verschiedenen Notlagen, Gewährung von Rechtschulds, Vorträge und gesellige Zusammenkünfte erreicht werden soll. Außer den nicht allzu niedrig bemessenen Beiträgen muß für Bureauzwecke der Betrag von 2 Mark geleistet werden. Die Unterstützungen werden nur insoweit gewährt, als „durch die Einzahlungen der Beträge entsprechendem Fonds vorhanden ist“. Ist kein Geld da, so bekommen die Mitglieder auch nichts. Arbeitslosenunterstützung wird erst nach achtmöglicher Stellenlosigkeit gezahlt, und zwar auf die Dauer von vier Monaten in einem Kalenderjahr. Auch die Krankenunterstützung tritt erst ein, wenn die „Versicherung“ ihre Verpflichtung zur Leistung der sechsmonatigen gesetzlichen Krankenunterstützung erfüllt hat. Dann muß das Mitglied ein glaubwürdiges ärztliches Attest beibringen, und dann kann der Vorstand über Ablehnung der Gewährung der Unterstützung entscheiden. Das vorgezeichnete Sterbegeld wird bemessen „nach Maßgabe der vorhandenen Mittel“. Der Austritt aus dem Verein ist nur nach einer Kündigungsfrist von 18 Monaten zulässig. Mitglieder, welche „Benefizien“ erhalten haben — das Wort „Benefizien“ bedeutet Wohlthaten; Rechte haben also die Mitglieder nicht — müssen 24 Monate vorher kündigen.

Der § 12 gibt Auskunft über Vorstand, Leitung und Verwaltung des Vereins. Er beginnt: „Der Vorstand besteht aus dem Gründer des Vereins, Herrn Friedrich Schröder, als ständigen Vorsitzenden.“ Ihm zur Seite stehen männliche und weibliche Vertrauenspersonen als Beisitzende und Revisoren. Diese gehören aber nicht dem Vorstande an. Der Vorstand ist verkörpert im Vorsitzenden, der nur verlassen werden kann bei grober Pflichtverletzung oder wenn er zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung dauernd unfähig wird. „Auch durch eine Abänderung der Statuten kann die Entziehung des Vorsitzenden Friedrich Schröder nicht erfolgen.“ Derselbe ist also sozusagen auf Lebenszeit angestellt, von der Zahlung der Beiträge während seiner Amtstätigkeit befreit, nimmt aber an den Benefizien des Vereins teil. Zu seiner Hilfe hat er einen Bureauchef zur Seite, der die Beiträge kassiert und bucht und seine Einnahmen täglich an den Vorsitzenden abzuliefern hat.

Auch sonst enthält das Statut noch manche interessante Bestimmungen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine so große Gruppe von Angehörigen, die doch wahrlich nicht unter glänzenden Verhältnissen lebt, sich an einer solchen Vereinsmeierei beteiligt. Von einer wirksamen Hebung ihrer Lage kann doch hier unmöglich die Rede sein. Wenn die Diener wirklich etwas erreichen wollen, so kann das nur geschehen auf dem Wege einer geordneten Organisation, wie sie in den Deutschen Gewerksvereinen verkörpert wird.

Wie vaterländische Arbeitervereine gegründet werden, zeigt ein Bericht, den wir im „Königshütter Tagebl.“ lesen. Ein Maschinenwärter Gambletta fühlte das Bedürfnis, eine neue Arbeitervereinigung zu gründen und hatte zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung einberufen, zu der sich auch etwa 150 Personen eingefunden hatten, allerdings „meistens Gegner der beabsichtigten Neugründung“. Wie der Einberufer gleich bei Er-

öffnung der Versammlung mitteilte, könne eine Diskussion nicht stattfinden; dazu würden die späteren Sitzungen reichlich Gelegenheit geben. Zur Rechtfertigung der neuen Vereinsgründung führte er weiter an, daß in den siebziger Jahren in Königshütte nur 4 Vereine bestanden hätten, heute an die 50. Wo so viel Vereine bestehen können, da werde sich wohl auch für eine neue Arbeitervereinigung noch ein Plätzchen finden, die die Aufgabe verfolge, die außerhalb jeder Organisation stehenden Arbeiter zusammenzuschließen. Die Konfession spiele keine Rolle. Mit den bereits bestehenden Arbeiterorganisationen solle die neue Vereinigung in wirtschaftlichen Fragen Hand in Hand gehen. Getrennt marschieren, um vereint zu schlagen, werde die Parole sein.

Selbstverständlich löste die Verweigerung jeder Diskussion in der Versammlung lebhafteste Entrüstung aus, die sich in lauten Zurufen bemerkbar machte. Als nach Beendigung der Rede auch das Wort zur Geschäftsordnung verweigert wurde, wurde gepöffelt und geohlt und den Veranstaltern der Versammlung die größten Schimpfnamen an den Kopf geworfen. Um einigermaßen Ruhe zu bekommen, legte schließlich Herr Gambletta die Zwecke und Ziele der neuen Organisation dar, die bestehen sollen in der Sicherung und Förderung der politischen Machtstellung des Deutschen Volkes, der Hebung der sittlichen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter, der Bildung von Ausschüssen usw.

Die ganze Art der Veranstaltung zeigt, daß es sich um die Gründung eines sogenannten vaterländischen Arbeitervereins, d. h. einer gelben Organisation handelt. Das haben die anwesenden organisierten Arbeiter richtig erkannt, und wenn sie ihrer Entrüstung in recht drastischer Weise Ausdruck verliehen haben, kann man ihnen dies durchaus nicht übel nehmen. Es zeugt nur von einem gesunden Sinn, wenn die Arbeiter in Königshütte der „vaterländischen“ Gründung die ihr zukommende Würdigung haben zuteil werden lassen. Hoffentlich sorgen sie durch Stärkung ihrer Organisationen dafür, daß die Schöpfung nicht allzu alt wird.

Der Verband für handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau hat durch persönliche Verhandlungen mit Zünften, Inhabern großer Betriebe und Meistern sich bereits gute Lehrstellen für Mädchen zum 1. April 1910 gesichert. Es ist somit strebsamen Mädchen die Möglichkeit gegeben, als gelernte Arbeiterin sich einen Lebensberuf zu schaffen. Als besonders entgegenkommend müssen genannt werden Vertreter des Tapezier- und Dekorationsgewerbes, des Juweliergewerbes, die Zünfte der Köche und der Friseur. Aber auch als Schneiderin für feine Wäsche eröffnet sich für intelligente Mädchen ein vorzüglich bezahlter Beruf. Dreijährige Lehrzeit ist überall erforderlich. In dieser Zeit wird vom Meister ein Kostgeld von 4—8 Mark wöchentlich gezahlt. Der Verband wird überall dahin wirken, daß dem weiblichen Lehrling der Zutritt zu den Fachschulen für Knaben gestattet wird. Die sich meldenden Mädchen gehören den besser gestellten Schichten des Arbeiterstandes an. Der Lehrlingsstellennachweis ist: Montag und Donnerstag von 11—1 Uhr geöffnet: Berlin G., Müllerstraße 9. — Schriftliche Anfragen an das Bureau Vishnewska, Martin Lutherstraße 16.

Die 410. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen findet am Sonntag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, im Konzertsaal der königl. Hochschule für Musik (Charlottenburg, Hardenbergstraße) statt, wobei mitwirken werden: der Erste Männergesangsverein unter Leitung von Herrn Professor Max Stange, Frau Professor Laura Selbling-Lafont (Violine), Fräulein Auguste Santen (Meister-Regitationen).

Die 6. Volksvorstellung der Generalintendantur der königl. Schauspielere in dieser Saison findet am Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Neuen königl. Operntheater (Kroll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Schlagbaum“ von Heinrich Voe. Der Billetverkauf erfolgt wie bisher in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

Tätigkeitsbericht: der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Altenstein.
Unser Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 1 Vorstandssitzung und 2 Ortsverbandsversammlungen. Trotz unermüdlicher Arbeit einiger Kollegen ist es doch nicht möglich gewesen, größere Erfolge zu erzielen. Beteiligt haben wir uns auch an der Gewerbegerichtswahl, bei der wir wenigstens einen Kandidaten durchbrachten. Zur Pflege der Geselligkeit und des Zusammenhaltes wurde auch ein Familienkänzchen veranstaltet. Nun

wollen wir mit Unterstützung aller Kollegen aus allen Ortsvereinen um weiteren Ausbau unserer Organisation arbeiten. Der Wille zur Arbeit muß mehr als bisher in Tätigkeit gesetzt werden, dann können wir auch auf ein neues Aufleben und auf erfolgreiche Arbeit rechnen.

Franz Braun.

Ortsverband Reuthen.

Dem Ortsverbände gehörten am Schluß des Jahres 8 Vereine mit ungefähr 300 Mitgliedern an. Neu hinzugekommen ist der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter Lipine. Die Geschäfte wurden in vier ordentlichen Verbandsversammlungen und einer ganzen Reihe von Vorstandssitzungen erledigt. In einer öffentlichen gut besuchten Versammlung sprach Kollege Sartmann-Berlin. In Verbandsitzungen sprachen u. a. Kollege Lehner, Kleinig über „Zeit- und Streitfragen in der Arbeiterbewegung“, Kollege Nikosch über „Die Arbeitsinanspruchnahme“, Sozialpolitisch wurde eifrig gearbeitet. Dem Ortsverein der Kaufleute gelang es mit kräftiger Unterstützung des Ortsverbandes den 8 Uhr-Abendschluß zu erreichen. Für Schöpfen und Gesandorene interessierte sich der Vorstand lebhaft, leider jedoch ohne Erfolg. Im Juni feierten der Ortsverband seine glänzenden verlaufenen Sommerbergränge. Seine Differenzen abgerechnet, hat sich das Verhältnis der angegliederten Vereine untereinander entschieden gebessert. Die Gewerksvereinsdele tritt mehr hervor. Auf Beschluß der Generalversammlung wurde ein gemeinschaftliches Vereinslokal festgelegt.

Emil Wohlgemuth, Ortsverbandschriftführer.

Obererzgebirgischer Ortsverband.

Im verfloffenen Geschäftsjahre erlebte unser Ortsverband, zu dem 6 Ortsvereine gehören, seine Tätigkeit in 5 Ausschüßsitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen und 1 öffentlichen Versammlung, in welcher Kollege Kröner-Ghemnig über „Kapital und Arbeit“ und Kollege Perndt-Dresden über „Zweck und Ziele der Arbeiterberufsgenossenschaften“ sprachen. In der Diskussion ergriß auch Herr Pastor Richter-Königsbrunn das Wort, um eingehend über Deutsche Gewerksvereine, freie Gewerkschaften und englische Arbeiterorganisationen zu sprechen. Leider war diese Versammlung ebenso wie die Ortsverbandsversammlungen nicht so besucht, wie es wünschenswert gewesen wäre. Auch sind wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß öffentliche Versammlungen in Bezug auf die Agitation nicht die gewünschten Erfolge haben. Auch 2 Bezirkskonferenzen tagten hier. Die eine in Scheibenberg, vom sächsischen Ausbreitungsverband einberufen, die andere in Wuchholz, vom Generalrat des Gewerksvereins der Maschinenbauer veranstaltet. In letzterer galt es, einen Bezirksagitationsleiter zu wählen. Nachdem Kollege Dünefeld aus besonderen Gründen die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hatte, wurde der Kollege Brädelein-Annaberg als Agitationsleiter für den hiesigen Bezirk weiter bestimmt. In den Ortsverbandsversammlungen, die abwechselnd in den verschiedenen zum Ortsverband gehörenden Orten stattfanden, belehrte uns u. a. der Adjutant der königlichen Gewerbeinspektion, Herr Silarus-Annaberg über die gesetzlichen Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung, wofür ihm lebhafter Dank gesagt wurde. Leider haben wir den Verlust der Ortsvereine der Textilarbeiter zu Wuchholz und Schlettau zu verzeichnen, die eingingen, obgleich der Ortsverbandsausschuß alles aufgeboten hat, die beiden Vereine nach Möglichkeit zu unterstützen. Hoffentlich gelingt es, im neuen Jahre die Verluste wieder wett zu machen. Ein Versuch, in Königsbrunn einen Ortsverein der Bauhandwerker zu gründen, hat trotz der aufgewandten Mühen noch zu keinem Resultat geführt.

Mit der Bitte an alle zum Ortsverbände gehörigen Mitglieder, in diesem Jahre noch mehr als vorher ihre Schuldigkeit zu tun und ihr Interesse durch zahlreichen Besuch der Veranstaltungen zu erkennen zu geben, schließe ich meinen Tätigkeitsbericht.

Fritz Wallwiener, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Stolz.

Die rege Tätigkeit des Ortsverbandes im vergangenen Jahre ist zum größten Teile erfolgreich gewesen. Trotzdem bleibt dem neuen Vorstände noch viel zu tun übrig. Die Geschäfte wurden erledigt in fünf Vorstandssitzungen, 6 kombinierten Ausschüß- und 6 Kommissions-Sitzungen. Ordentliche Ortsverbandsversammlungen fanden 3 statt, außerdem wurden noch 4 große Gewerksvereinsversammlungen abgehalten. Die erste beschäftigte sich mit der Gewerbegerichtswahl; Referent war Kollege Volkmann, in der zweiten sprach Herr Wiro-Kollberg über „Die Wirkungen der neuen Steuern auf den Arbeiterhaushalt“. In der dritten wurde Protest erhoben gegen den Koalitionsrechtstraß in Luelbinn. Auch hier referierte Kollege Volkmann. In der letzten sprach der Ortsverbandsvorsitzende Kollege Veit über „Die Frauen und die Gewerksvereine“. Sämtliche Versammlungen waren gut besucht und erfüllten dadurch ihren Zweck.

Zum Ortsverbände gehören 11 Ortsvereine mit 690 Mitgliedern. Gegen Ende 1908 bedeutete dies eine Zunahme um 118 Mitglieder.

Eine Fülle von Arbeit brachte uns die Gewerbegerichtswahl, die leider noch nach dem alten Wahlrecht stattfand. Gewählt wurden mit 33 Stimmen Mehrheit die gegnerischen Kandidaten. Da aber seitens der Behörden nicht die nötigen Vorbereitungen getroffen waren, um bei zahlreicher Beteiligung eine ordnungsmäßige Wahl zu ermöglichen, so daß Hunderte von Wählern unberichteter Sache nach Hause gehen mußten, wurde vom Ortsverbände Protest eingelegt, dem von dem Bezirksausschuß stattgegeben wurde. Die

Wahl wurde für ungültig erklärt, so daß also eine Neuwahl statzufinden hat, bei der hoffentlich die Stolper Kollegen Mann für Mann auf dem Posten sind, denn wir haben gar keinen Grund, uns von den Gegnern an die Wand drücken zu lassen.

Zur Förderung der Agitation wurde ein Vertrauensmännerapparat gegründet. Obgleich die Einrichtung noch jung ist, berechtigt sie für die Zukunft zu den besten Hoffnungen.

Um auch die Frauen mehr als bisher für die Gewerkschaften zu interessieren, wurden Familien-Unterhaltungsabende eingeführt, deren reger Besuch erkennen läßt, daß die Frau, sobald nur die Erkenntnis in ihr gewekt ist, leicht für unsere Bestrebungen gewonnen werden kann. Durch die Mitgliedschaft bei der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshilfen ergäuzt unsere Ortsverbandsbibliothek wertvolle Ergänzungen, die den Kollegen einen guten Lesestoff zur Erweiterung ihres Wissens bieten. Auch der Verbandsgesangverein ist eifrig bemüht, durch die edle Sangeskunst bildend auf die Mitglieder einzuwirken.

Die vom Ortsverbande abgeforderten Eingaben, die sich auf die Regelung des Schulunterrichts, auf die Auslösung von Schöffen und Geschworenen bezogen, hatte ebenso wie der Protest beim Bezirksauschuß meist Erfolg. Zu Schöffen wurden die Kollegen Volkmann, Michle, Wente, Feit und Kalenty ausgelost. Als Beisitzer für die untere Verwaltungsbehörde wurden die Kollegen Michle, Jung und Volkmann gewählt.

Erwähnt zu werden verdient, daß von volksfreundlichen Männern ein Verein für Volkshilfenabende gegründet worden ist, der den Arbeitern Kunstgenüsse bietet, die sie sonst nicht haben können. Dem Vorstande dieses Vereins gehört auch der Ortsverbandsvorsitzende Koll. Weit an. Erfreulich ist es, daß wir seit dem 1. Oktober ein Blatt haben, in dem auch der Arbeiter einmal zu Worte kommen kann. Es sind dies die „Stolper Neuesten Nachrichten“, die wir insolge dessen auch in jeder Beziehung unterstützen müssen. Zu einem schönen Agitationsfeste gestaltete sich die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Ratshaus, an der Hunderte von Gewerkschaftskollegen mit ihren Familien teilnahmen.

Sind auch nicht alle unsere Wünsche in Erfüllung gegangen, so können wir mit dem Erreichten doch zufrieden sein und all denen danken, die den Ortsverband in seiner Tätigkeit unterstützt haben. Das neue Jahr muß uns alle wieder auf dem Posten finden. Selbst alle mit an der Verwirklichung unserer Pläne, bringe jeder neue Anregungen, die unsere Sache fördern können. Vor allen Dingen ist es nötig, daß alle Mitglieder dem Ortsverbandsauschuß Vertrauen entgegenbringen, niemand Eigenbrötchen treibt, oder eigenmächtig auf seiner Meinung beharrt. Dadurch entlieht Unfrieden, der die Agitation hemmt. Einigkeit ist die Hauptsache, und nun auf zur Arbeit, dann wird der Erfolg auch nicht ausbleiben.

J a n g, Ortsverbandschriftführer.

Gewerkschafts-Teil.

8. Dresden. Der Ortsverband hielt am Sonntag, den 6. Februar, seine erste gut besuchte Versammlung ab. In dieser gedachte der Vorsitzende Kollege Heindke des verstorbenen Kollegen Weidner vom Ortsverein der Schuhmacher, welcher auch langjähriger Vertreter im Ortsverbande war. Der Jahresabschluß wurde verlesen und angenommen. Der nächste Punkt betraf den von der Stadt einzurichtenden paritätischen Arbeitsnachweis. An der Debatte beteiligten sich sehr viele Kollegen, welche auch den Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurden dem Vorsitzenden Kollegen Heindke

als Gewerkschaftsbeisitzer Anweisungen gegeben, die auch bei Festlegung der Sätze benachteiligt werden sollen. Hierzu wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die heutige gut besuchte Ortsverbandsversammlung erkennt die vom Magistrat in Vorschlag gebrachte Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises an, verlangt aber eine strikte Durchführung der Arbeiterinteressen.“ Dann wurden einige Anträge zum Verbandsstage besprochen, welche ebenfalls angenommen wurden. Kollegen, erseheint jedesmal so zahlreich zur Versammlung, dann wird auch die Arbeit des Ausschusses in diesem Jahre belohnt.
Albert Dreßke, Ortsverbandschriftführer.

Verbands-Teil.

Zur dringenden Beachtung für die Ortsverbände!

Der erste Teil des Adressenverzeichnis ist bereits in Druck gegeben. Trotz aller Mahnungen, trotz der Bekanntmachung im „Gewerkverein“ Nr. 14, fehlen selbst heute noch die Adressen der Vorstandsmitglieder von nachstehenden Ortsverbänden:

- Altenburg S.-A., Anklam, Augsburg, Bauen, Bremerhaven, Gattingen, Jferloh, Labenburg, Reike-Neuland, Reumied, Olbernhau-Rothenthal, Regau-Groißsch, Birna, Roth a. S., Stolp, Suhle, Danne, Mittenberge.

Wir ersuchen nochmals die Vorstandsmitglieder dieser Ortsverbände, dafür zu sorgen, daß die Adressen sofort eingesandt werden. Gleichzeitig wenden wir uns an die zugehörigen Vereinsvorstände und bitten diese, gleichfalls dahin zu wirken, daß die säumigen Kollegen ihre Pflicht umgehend erfüllen. Das Fehlen der Adressen erschwert die Korrespondenz ungeheuer. Auch wirft es ein eigenartiges Licht auf die Tätigkeit der Ortsverbände, deren Vorstandsmitglieder im Adressenverzeichnis durch Fragezeichen ersetzt werden müssen.

Berlin, den 21. Februar 1910.

Der geschäftsführende Ausschuß.

J. Neustedt, Verbands-Sekretär.

Berichtungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkschaften (S.-D.). Verbandsabend der Deutschen Gewerkschaften NO., Greifswalderstraße 221/223. Am Mittwoch, 23. Februar, fällt die Sitzung aus. — **Gewerkschafts-Vereinsrat (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9—11 Uhr, Lesungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerkschaften (Grüner Saal). Gäste willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Freitag, 25. Februar, abds. 8½ Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 53. Vortrag des Koll. Jordan über: „Das Reichsvereinsgesetz“. Gäste willkommen. — **Wachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Pöckelstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Donnerstag, 26. Februar.** Maschinenbau- u. Metallarbeiter III. Abends 8—10 Uhr Jagelabend bei Rabau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- u. Me-**

tallarbeiter V. Abends 8½ Uhr Versammlung Kottbuserstraße 6. Vortrag: „Die Feuerbestattung mit Modelloberführung.“ — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Abends 8½ Uhr Versammlung Pöckelstr. 22. Vortrag des Kollegen Gleichauf. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 Uhr Ortsversammlung bei Krull, Putzbrunnstr. 51. Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Angermann: „Arbeitsnachweis“.

Orts- und Bezirksverbände.

Köpenick (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, Distriktsabend bei Leuchter, Ede Hamannplatz und Zillertstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstr., Distriktsstunde. (Distriktsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße 77. — **Rhein (Distriktsklub).** Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr, im Restaurant „Walter Kolling“, Eilbergasse. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pastor, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Distriktsklub).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Jansen, Friedrich Wilhelmstraße, Distriktsabend. — **Waltheim-Naher (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Wirt Joh. Röder, Sandstraße 38. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. — **Leipzig (Gewerkschafts-Vereinsrat).** Die Lesungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Weißenfels a. S. (Sängersabteilung der Gewerkschaften).** Lesungsstunde jeden Dienstag, abends 8—11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangsübungen der Vereinskollegen stets willkommen. — **Jferloh (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8½ Uhr bei Jander, Oststr. — **Stettin (Sängerkor der Gewerkschaften).** Die Lesungsstunden finden jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Lokal Kober, Pöckelstr. 5, statt. Ständige Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Wittenberg (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvertreterversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. — **Spremberg (Distriktsklub).** Jeden Dienstag, abends von 9 bis 11 Uhr im Bureau, Sägersstraße 6, Sitzung. Gewerkschaftsmitglieder sind stets willkommen. — **Weißenfels (Distriktsklub der Gewerkschaften).** Jeden Mittwoch 9 bis 11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“. — **W.-Gladbach (Sängerkor der Deutschen Gewerkschaften).** Sitzung jeden Dienstag, abends 9 Uhr, bei Herrn Joh. Jansen, Krefelderstraße 333. Jeder Kollege herzlich willkommen. — **Regel (Distriktsklub für Regel, Hordigalbe und Reindendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8—10 Uhr bei Jecher, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Düsseldorf (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abends von 9—11 Uhr im Verbandsbause, Kurfürststr. 29, Sitzung. — **Königsberg i. Pr. (Distriktsklub).** Sitzung jed. 2. u. 4. Mittwoch im Monat im Verbandslokal 6. Sobat, Holzstr. 11. — **Schwedt, S.-A. Sonntag, 27. Februar,** nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandsversammlung, Rest. Adler, Götting. — **Censteburg (Ortsverband).** Sonntag, 27. Februar, nachm. 5 Uhr im Vereinslokal „Zum Waldhof“, L.-D. dort. — **Wetter u. Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 27. Februar, nachm. 5 Uhr, Vortrag mit Lichtbildern: „Die Wunder der Urwelt“. — **Jferloh (Ortsverband).** Sonntag, 27. Februar, nachm. 8 Uhr, Vertreterversammlung bei Wirt Schüller, Bergshofen. — **Lippstadt (Ortsverb.).** Sonntag, 6. März, nachm. 8½ Uhr, Ausflugsstunde. 4 Uhr Ortsverbandsversammlung bei Gastwirt Kloid, Warfeln.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Berlin. Gewerkschaft der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.

Montag, den 28. Februar 1910, abends 8½ Uhr, im großen Saale der Pagenhofbrauerei, Moabit, Lurmpfstraße, Ede Stromstraße,

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung!

Tagesordnung:

I. „Zweck und Ziele der Deutschen Gewerkschaften“, Referent: Kollege Jordan. II. Freie Aussprache.

Die Ortsvereine Berlin III und XI.

J. A.: Fr. Ludwig.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heuchel in Stelag's Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Elrich (Habr.) und Handarbeiter. Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten Abendbrot, Nachlogis, Kaffee und Frühstück. Verpflegungskarten beim Kassierer C. Clausen, Kolonialstr. 32.

Hafenwalde. Durchreisende Gewerkschaftskollegen erhalten eine Unterbringung beim Verbandskassierer Serbst, Marktstraße 60.

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterbringung. Bots beim Ortsverbandskassierer A. Franke, Hamburg - Eimsbüttel, Eidenallee 64, Haus 5 I und beim Kassierer der Maschinenbauer Otto Secher, Hamburg - St. Pauli, Eichenstraße 6 I.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Mk. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Eilsabethstraße 49 (Jägers Gastwirtschaft).

Stralsund (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Karten beim Ortsverbands-Kassierer G. Stabenow, Kaiserdamm 21.

Kriegau (Ortsverband). Verpflegungsarten beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Krause, Glogauerstraße 58. Vereinslokal, „Prinz v. Preußen“, Glogauerstr.

W.-Gladbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkschaftsbureau, Eürtterstraße 180. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Essen (Naher). Herberge zu Heimat. Arbeitsnachweis u. Verpflegungsarten im Gewerkschaftsbureau, Strohhausstr. 53.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhält das Ortsverbandsgeheim bei ihrem Ortsvereinskassierer ausgegahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Bergerer, Wilhelmstraße 10.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:
Schrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Sahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160 x 280 mm. Preis 50 Pfg.
Arbeitskassier der Deutschen Gewerkschaften für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.
Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt. Der Preis der Schrift beträgt 80 Pfg.; für Gewerkschaftler 1 Exemplar 50 Pfg., 10 Exemplare 4 Mk., 20 Exemplare 7 Mk., 30 Exemplare 9 Mk. und 50 Exemplare 12,50 Mk.
Weltanschauung und Arbeiterbewegung von Karl Goldschmidt. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 28,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.
Sozialdemokratie u. Arbeiterkampf von Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
Volkswirtschaftslehre von Dr. G. F. S. u. G. Preis 80 Pfg.
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften sowie Gesetzbücher mit ausführlichem Kommentar wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.
Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da anderenfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/223.
Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.